

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem von den Abgeordneten Dr. von Bismarck, Dr. Czaja, Dr. Wittmann (München), Dr. Hupka, Sauer (Salzgitter), Regenspurger und der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten

Entwurf eines Gesetzes zur Fortsetzung der Eingliederung von Vertriebenen und Flüchtlingen
— Drucksachen 8/1518, 8/2335 —

zu dem von den Abgeordneten Dr. Czaja, Dr. Hupka, Dr. Wittmann (München), Dr. Becher (Pullach), Dr. von Bismarck, Frau Pieser, Müller (Berlin), Dr. Hennig, Sauer (Salzgitter), Schmidt (Wuppertal) und der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes
— Drucksachen 8/1532, 8/2335 —

zu dem von der Bundesregierung eingebrachten

Entwurf eines Neunundzwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes (29. ÄndG LAG)
— Drucksachen 8/2078, 8/2335 —

Bericht des Abgeordneten Walther

Der Entwurf eines Neunundzwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes (29. ÄndG LAG) in der Fassung der Beschlußempfehlung des federführenden Innenausschusses ist mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Der federführende Innenausschuß hat die eingebrachten Gesetzentwürfe in den Drucksachen 8/1518, 8/1532 und 8/2078 wegen des weitgehend gleichen Sachverhalts zusammengefaßt. Die Gesetzentwürfe haben zum Ziel, den Anpassungstermin für die

Kriegsschadenrente vom 1. Juli eines Jahres auf den 1. Januar eines Jahres, erstmals mit Wirkung vom 1. Januar 1979, zu verlegen, den Sozialzuschlag zur Unterhaltshilfe strukturell umzugestalten, den Sozialzuschlag und den Selbständigenzuschlag zur Unterhaltshilfe für den Berechtigten zu erhöhen, die Antragsfrist für Aufbaudarlehen an Spätberechtigte von fünf auf zehn Jahre zu verlängern und emigrierte NS-Verfolgte aus dem Gebiet der heutigen DDR in den Entwurzelungszuschlag zur Hauptentschädigung einzubeziehen.

Durch die Verschiebung des Anpassungstermins für die Kriegsschadenrente an den entsprechenden Anpassungstermin in der gesetzlichen Rentenversicherung und in der Kriegsopferversorgung entstehen Minderausgaben, die andererseits die genannten Verbesserungen, vor allem im sozialen Bereich, ermöglichen.

Die kostenmäßige Auswirkung des Gesetzentwurfs hätte in der Fassung des Entwurfs der Bundesregierung in der Drucksache 8/2078 zum Wegfall von Mehrausgaben des Ausgleichsfonds (in Millionen DM)

für	1978	1979	1980	1981
in Höhe von	46	40	37	35
geführt. Durch die Fassung des Gesetzentwurfs in der Beschlußempfehlung des federführenden Innenausschusses ermäßigten sich diese Minderausgaben um	7,1	20,7	20,2	18,1,
so daß noch Minderausgaben von	38,9	19,3	16,8	16,9
verbleiben.				

Diese Kosten gehen zu Lasten des Ausgleichsfonds. Ab 1980 allerdings werden die Ausgaben des Ausgleichsfonds die Einnahmen übersteigen, und das dann entstehende Defizit ist nach § 6 Abs. 3 des Lastenausgleichsgesetzes vom Bundeshaushalt zu tragen. Die vom Bund an den Ausgleichsfonds zu zahlenden jährlichen Zuschüsse — Kapitel 60 04 Titel 654 01 — werden sich dann entsprechend erhöhen.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Innenausschuß vorgelegten Beschlußempfehlung.

Bonn, den 29. November 1978

Der Haushaltsausschuß

Windelen	Walther
Vorsitzender	Berichterstatter